

Hochschulbereich und einige weitere, im einzelnen genannte Institutionen (z.B. Militär- und Polizeischulen) gilt die Charta nicht. Das Gesetz von 1982 löste die im Jahre 1972 unter dem Titel „Charta der Rechte und Pflichten des Lehrers“ verabschiedete Regelung ab, die auch für das Lehrpersonal an den Hochschulen galt. Von dieser Eingrenzung des Personenkreises abgesehen, ist auch ein inhaltlicher Vergleich aufschlußreich, der in einigen Punkten in der Einleitung der beiden Herausgeber – des emeritierten Warschauer Professors für Pädagogik, Mieczysław Pęcherski († 1986), und des wissenschaftlichen Mitarbeiters am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt, Peter Döbrich – vorgenommen wird, aber eine vertiefte Analyse verdient hätte; spiegeln sich doch auch in der nüchternen juristischen Sprache solcher Texte die teilweise dramatischen Wandlungen des Jahrzehnts von 1972 bis 1982 in Polen wider. Die neue Charta trägt noch in starkem Maße die Züge der „Erneuerungsbewegung“ von 1980/81, die auch einen Teil der polnischen Lehrer erfaßt hatte, und so gesehen, ist sie heute bereits ein historisches Dokument, auch wenn sie – mit Ausnahme einiger Regelungen der Arbeitszeit der Lehrer – formell noch gültig ist. Die Charta enthält z.B. – im Unterschied zu 1972 – keinen Bezug auf die „wissenschaftliche Weltanschauung“ und die „sozialistische Moral“ als Bildungs- und Erziehungsziele, auf die Lehrer verpflichtet werden können, und spricht statt dessen von den „Grundsätzen des Humanismus, der sozialen Gerechtigkeit und der Gewissensfreiheit“, wie die Formulierungen in dem Dienstgebotnis der Lehrer lauten (Art. 15). Inzwischen sprechen die amtlichen Verlautbarungen eine andere Sprache. Trotzdem können in Polen die Lehrer vermutlich mit einem stärkeren Rechtsschutz rechnen als z.B. in der Sowjetunion oder in der DDR, wo es derartige „Lehrercharten“ nicht gibt, sondern nur die allgemeinen arbeitsgesetzlichen Bestimmungen und spezielle administrative Verordnungen für Lehrer. Eine vergleichende Untersuchung der Rechtsstellung und der sozialen Lage der Lehrer in den kommunistisch regierten Staaten fehlt bisher.

Der vorliegende Band enthält außer der deutschen Übersetzung der „Lehrercharta“ von 1982, die sorgfältig die Mitte hält zwischen der deutschen Schulverwaltungsterminologie und den spezifisch polnischen Termini, auch noch den Beschluß des Ministerrates vom 16. August 1982 über die Besoldung der Lehrer (nebst Besoldungstabellen). Da Besoldungsvergleiche – aus verständlichen Gründen – in deutsch-polnischen Lehrerkontakten stets eine große Rolle spielen, hätte man sich eine nuancierte und aussagekräftigere Gegenüberstellung der verschiedenen zu berücksichtigenden Indikatoren eines Einkommensvergleichs gewünscht, als dies in der Einleitung geschehen ist.

Bochum

Oskar Anweiler

Rudolf Ströbinger: Poker um Prag. Die frühen Folgen von Jalta. (Texte und Thesen, Bd. 181.) Edition Interfromm, Verlag A. Fromm. Zürich, Osnabrück 1985. 100 S.

Es war ein bemerkenswerter Vorgang, als die beiden Prager kommunistischen Parteizeitungen „Tribuna“ und „Tvorba“ Ján Masaryk, den letzten tschechoslowakischen Außenminister vor der kommunistischen Machtübernahme 1948, der kurz darauf unter mysteriösen Umständen zu Tode kam, aus Anlaß seines 100. Geburtstages im September 1986 positiv würdigten und ihn als „wichtige politische Persönlichkeit mit Sinn für die Sorgen des Volkes“ und „seine Verantwortung für das Land“ hervorhoben, nachdem die Prager Parteiführung ihn fast zwei Jahrzehnte seit dem Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die ČSSR im

August 1968 jede Anerkennung versagt hatte.¹ Es signalisiert zumindest teilweise die Bereitschaft zur unbefangeneren Beschäftigung mit der jüngsten tschechoslowakischen Vergangenheit, wie z. B. dem Wirken der Londoner Exilregierung während des Zweiten Weltkrieges, der Masaryk ebenfalls als Außenminister angehörte. Ihr wurde nunmehr zugebilligt, daß sie in den zahlreichen wirren Situationen während des Zweiten Weltkrieges „für die Anerkennung des Fortbestands des tschechoslowakischen Staates gekämpft“ hat.

Um diese Wirrnisse und „Pokerspiele“ sowie die damit verknüpften Legenden und Propagandameldungen aufzuhellen, beschreibt Rudolf Ströbinger in seiner 1985 erschienenen Studie die politische Entwicklung bei der Befreiung Prags und der Wiedererrichtung der tschechoslowakischen Souveränität im April und Mai 1945. Ausgehend von den westalliierten Zugeständnissen gegenüber Stalin im Oktober 1944 in Moskau und im Februar 1945 bei der Konferenz in Jalta für die Nachkriegsordnung auf dem Balkan und in Ostmitteleuropa, untersucht der Autor Möglichkeiten und Grenzen des politischen Handlungsspielraumes der Briten und Amerikaner während der Auflösung der deutschen Besatzungsherrschaft im sogenannten „Protektorat Böhmen und Mähren“. Die informative Darstellung über die Prager Ereignisse in der Umbruchssituation bis zum Einmarsch der Roten Armee und dem Machtantritt der Regierung von Exilpräsident Edvard Beneš stützt sich auf umfangreiche Zeugenaussagen und Archivstudien in Bonn, Koblenz, London, München, Prag und Washington.

Vor dem Hintergrund der totalen militärischen Niederlage des Dritten Reiches nehmen sich die detaillierten Ausführungen des Vfs. über die vergeblichen Bemühungen des letzten deutschen „Staatsministers für Böhmen und Mähren“, SS-Obergruppenführer Karl Hermann Frank, bei den Westalliierten sogar noch nach dem Tode Hitlers am 30. April 1945 einen Separatfrieden für seinen Herrschaftsbereich zu erlangen, wie ein historisches Lehrstück über nationalsozialistische Hybris bis zum bitteren Ende aus. Die im Rahmen dieser „Überlebensversuche“ von Frank zweimal ausgeschiedenen deutsch-tschechoslowakischen Unterhändler-Delegationen konnten jedoch keinen Kontakt mit den Amerikanern aufnehmen. Es muß wohl auch als sehr unwahrscheinlich eingeschätzt werden, daß es den Emissären des SS-Führers eher hätte gelingen können, US-General Eisenhower zum raschen Vorstoß nach Prag zu bewegen, um der Roten Armee zuvorzukommen, als dies Winston Churchill vermochte; denn immerhin hat der britische Premierminister mehrmals das alliierte Hauptquartier und die Amerikaner bedrängt, den Vormarsch über Pilsen, das am 6. Mai von der US-Armee unter General Patton besetzt wurde, fortzusetzen, um gegenüber Moskau ein politisches Signal zu setzen und den am Vortage vom tschechischen Nationalrat entfachten Aufstand gegen die sich heftig wehrenden deutschen Besatzungstruppen wirksam zu unterstützen.

St. weist darauf hin, daß erst das Überwechseln der bislang auf der Seite Hitlers kämpfenden Verbände der „Russischen Befreiungsarmee“ unter General Wlassow zu den Prager Aufständischen deren Scheitern verhinderte und ein Ausharren ermöglichte, bis sich die deutschen Truppen nach der Gesamtkapitulation durch die Dönitz-Regierung am 8./9. Mai 1945 endgültig aus Prag zurückzogen. Die dabei zwischen deutschen und tschechischen Stellen erzielte Übereinkunft, die etwa 2,8 Millionen deutschen Zivilisten unter den Schutz des Internationalen Roten Kreuzes zu stellen, wurde dann jedoch nicht eingehalten. Es

1) Vgl. die Berichte „Erinnerungen an Jan Masaryk“ und „Prager Zeitungen würdigen Jan Masaryk“ in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 211 vom 12. 9. 1986, S. 6.

kam zu zahlreichen Racheaktionen und Greueltaten an der deutschen Bevölkerungsgruppe; deren Vertreibung war bereits nach dem Programm der tschechischen Kommunisten vom 5. Mai 1945 vorgesehen. Sie wurde auch ebenso rasch begonnen wie die Zwangsumsiedlung von 750 000 Ungarn aus der ČSR, obwohl solche Umsiedlungen erst auf der Konferenz von Potsdam im Juli/August 1945 beschlossen und sanktioniert wurden.

Der Autor verdeutlicht, daß die Rote Armee erst am 9. Mai — also nach dem Abzug der deutschen Truppen — in Prag einrückte und damit „den Wettlauf nach Prag gewann“ (S. 91). Schon zwei Tage später, als die aus Moskau zurückgekehrte Regierung unter Edvard Beneš die Macht übernahm, sei jedoch die Legende perfekt gewesen, die Sowjetsoldaten hätten die Stadt „befreit“ und „vor der Zerstörung durch die deutschen Vandalen bewahrt“ (S. 89 f.). Nach Ansicht St.s fiel mit dem sowjetischen Einmarsch „eine wichtige Vorentscheidung“ im „Pokerspiel um Prag“ (S. 97). Es wurde schließlich mit dem kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 und dem Rücktritt von Präsident Beneš im Juni 1948 sowie der Einreihung der Tschechoslowakei als fester Bestandteil in den sowjetischen Machtbereich endgültig zugunsten Moskaus entschieden. Dieses Ergebnis ist nach Meinung des Vfs. Ausdruck des schwachen und schlechten „Pokerspiels“ der Westalliierten bei den Kriegskonferenzen mit Stalin. Diese Aussage wird jedoch problematisch, wenn die Sowjets „von Anbeginn mit verdeckten Karten gespielt“ haben, wie St. schreibt (S. 97). Zudem dürfte die politische Entwicklung zur Teilung Europas nach 1945 nicht so einfach mit einem Kartenspiel vergleichbar sein.

Freiburg i. Br.

Gerd R. Ueberschär

Karl Nehring: Adam Freiherrn zu Herbersteins Gesandtschaftsreise nach Konstantinopel. Ein Beitrag zum Frieden von Zsitvatorok (1606). (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 78.) R. Oldenbourg Verlag. München, Wien 1983. 231 S., 2 Ktn. i. Anh.

Nur ein Zufall wollte es, daß im „Türkenjahr“ 1983 ein Buch erschienen ist, aus dem sich über die Türken und ihre Rolle in der europäischen Politik, über Türkenabwehr und Türkenkomplex mehr lernen läßt als aus einem guten Teil der Jubiläumsliteratur. Die Absicht des Vfs., einerseits eine bisher kaum beachtete Quelle zur südosteuropäischen Geschichte im 17. Jh. zu erschließen, andererseits die Motive und Komplizitäten des Friedens von Zsitvatorok aus allen erreichbaren Quellen zu erhellen, wird ohne Einschränkung verwirklicht. Die Ratifizierung dieses Friedens durch den Sultan sollte die über 16 Monate Reisezeit beanspruchende Gesandtschaft Herbersteins herbeiführen, die erste „große“, das heißt mit allem zeitgemäßen Pomp ausgestattete kaiserliche Gesandtschaft nach dem osmanischen Konstantinopel überhaupt. Beschrieben hat sie in allen Details Herbersteins Sekretär Maximilian Brandstetter, über dessen Biographie sonst nichts bekannt ist. Die reich illuminierte Originalhandschrift ist vermutlich im Zweiten Weltkrieg vernichtet worden, der Edition liegt eine zeitgenössische Abschrift der Bayerischen Staatsbibliothek in München zugrunde. Dem Text (S. 69—207) ist eine eingehende Untersuchung des Friedens von Zsitvatorok vorausgeschickt (S. 15—67); Quellen- und Literaturverzeichnis, Personen- und Ortsnamenregister sowie zwei Karten über den Besitzstand im Grenzgebiet vor 1593 (Beginn des Türkenkrieges) und nach 1606 erleichtern Verständnis und Auswertung in begrüßenswerter Weise zusätzlich. Es sei hinzugefügt, daß Karl Nehring inzwischen auch das Tagebuch der nach fast einem Jahrzehnt